Nr. 275
Seidnitz Feiner Ball.
Neue Welt. … Ball.
Restaurant zum …ngarten Leipziger Str. 90
…kapelle
Musikkapelle
…nist.
Blumensäle.
…amenball
…falter
…amen-Ball
…amen-Ball
…Palast Schäferstraße
…lter Glacisstrasse
…rbst-Ballfest
…ottin" 1914
… den 8. Oktober
…witz, Mittwoch den 8. Oktober … u. Herren-Ball
„Vineta", Dresden
…er Ballfest
Zschertnitz
Fischhofplatz. … Damen-Ball
Moderne Plastik
… 8. Oktober … Damenball
Wölfnitz
…n-Ball
…Wiese,
…Damenball
…deum

Nr. 275 XXVII. Jahrgang — Donnerstag, 9. Oktober 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 96 mm breite Kolonelzeile kostet 90 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Ziffern- oder Auskunft 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.60, vierteljährlich M. 6.00. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00, B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.15 „ „ 6.45. Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.10, nach dem Auslande M. 1.80. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2 Ausgabe) 20 Pf.

Das Programm des Kanzlers

Rednerische Genüsse sind vom Reichskanzler Bauer nicht zu erwarten. Oratorischen Schwung wird man in seinen Darlegungen vergebens suchen. Er spricht ruhig, sachlich, sucht mehr durch den Inhalt als die Form seiner Reden zu wirken. Auch die gestrigen Ausführungen in der Nationalversammlung waren im großen und ganzen von diesem Willen zu nüchterner Sachlichkeit diktiert. Das Programm des Reichskanzlers Bauer ist seit seiner Antrittsrede vor einigen Monaten im wesentlichen bekannt. Der Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung hat daran nichts Entscheidendes geändert. Man kann sich also bei der Betonung der Hauptpunkte kurz fassen.

Der Reichskanzler teilt offenbar den Optimismus des Reichsfinanzministers, der vor einigen Tagen von einer Wiederzunahme der Arbeitsfreudigkeit sprach. Man ist freilich geneigt, hinter diese hoffnungsvolle Annahme ein paar Fragezeichen zu setzen, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß der das ganze Wirtschaftsleben aufs äußerste gefährdende Streik der Metallarbeiter noch immer fortdauert und daß allenthalben neue Ausstände, besonders in Norddeutschland, ausbrechen. Herr Bauer schränkte ja im weiteren Verlauf seiner Rede den Optimismus selbst ein, indem er darauf hinwies, daß noch immer zu viel gestreikt werde und daß vor allem die Arbeit in den Kohlenbergwerken und in den Eisenbahnwerkstätten noch sehr weit von dem Stand entfernt ist, der unbedingt erreicht werden muß, wenn das deutsche Wirtschaftsleben im kommenden Winter nicht einer Katastrophe entgegengehen soll, von deren Umfang und vernichtenden Wirkungen sich ein großer Teil des deutschen Volkes und vor allem der deutschen Arbeiterschaft offenbar noch keine rechte Vorstellung macht. Hier gilt es in erster Linie, den Hebel anzusetzen. Sehr gesteigerte Kohlenförderung und vermehrte Arbeit in den Bau- und Reparaturbetrieben der Eisenbahnwerkstätten sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft. Die Kohlenfrage ist eine Transportfrage, wie wieder umgekehrt die Besserung der Transportfrage abhängig von der Versorgung mit Brennmaterial für die Fabrikbetriebe und die Haushalte ist. Wenn auf diesen Gebieten etwas erreicht werden soll, so geht das natürlich nicht ohne die schärfsten Maßnahmen gegen die Korruption und den Schleichhandel, die beide zusammen die durch den langen Krieg ungeheuer geschwächte Gesundheit des deutschen Volkes noch immer weiter ruinieren. Auch hier muß mit fester Hand durchgegriffen werden, wenn das Gift des Wuchers, der die ganze Nahrungsmittelversorgung zersetzt, nicht unabsehbare Verheerungen anrichten soll.

Weiter sprach der Kanzler dann von den Rechten der Arbeiter, dem Schutz der wirtschaftlich Schwächeren und erwähnte im Zusammenhang damit das Gesetz über die Betriebsräte, das ja demnächst in den Beratungen der Nationalversammlung einen breiten Raum einnehmen wird. Auf Einzelheiten ging Reichskanzler Bauer dabei nicht ein, aber es wäre zu wünschen, daß auch hier die Erklärung des Reichsleiters, daß man aus dem Stadium der Schlagworte und der volkswirtschaftlichen Dilettanten herauskommen müsse, gebührend berücksichtigt wird. Das Gesetz über die Wirtschaftsräte steht damit in engster Verbindung. Als eine wichtige Neuerung, die sich aus den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen mit Notwendigkeit ergibt, ist die Ankündigung anzusehen, daß das Schlichtungswesen neu geregelt werden soll. Es scheint in der Tat der einzige erfolgverheißende Weg, die immer wieder ausbrechenden wilden Streiks dadurch zu verhindern, daß man die Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts schafft, das in paritätischer Zusammensetzung über die schwebenden wirtschaftlichen Streitfragen entscheidet. Wird diese Einrichtung klug und weitblickend gehandhabt, so kann sie nur dem Allgemeinwohl nützlich sein. Zu begrüßen ist ferner die Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge, die denjenigen entzogen werden soll, die eine ihnen zugewiesene angemessene Arbeit ablehnen. Weiter stehen noch in Aussicht ein Gesetz über den Einstellungszwang, das den Kriegsbeschädigten Arbeit und Auskommen sichern soll, und ein Reichsheimstättengesetz als Ergänzung des Siedlungsgesetzes. Also aus der Fülle neuer Gesetzentwürfe sehr viel wichtiges Material, auf das man bei anderer Gelegenheit noch zurückkommen wird. Wenn der Kanzler zum Schluß seiner Rede noch auf die Extremen von rechts und links zu sprechen kam und das gefährliche Treiben der Parteien der äußersten Flügel mit scharfen Worten geißelte, so wird er die Mehrheit des deutschen Volks hinter sich haben, das weder von dem Revanchegeschrei der ehemaligen Vaterlandsparteiler und Annexionsmonomanen noch von der höchst zweifelhaften Heilslehre der Unabhängigen etwas wissen will. Heute kommt alles darauf an, den unterschriebenen Friedensvertrag nach Möglichkeit loyal zu erfüllen. Dazu kann aber weder das Kampfgeschrei der verkrachten Alldeutschen noch die wirtschaftszerstörende Politik der Leute um Richard Müller dienen.

Das Programm des Kanzlers ist in seinen Grundzügen annehmbar. Das Parlament hat nun dafür zu sorgen, daß es in einem Sinne durchgeführt wird, der dem Wohl des ganzen Volkes dient.

Thüringens Anschluß an Preußen

* **Altenburg, 7. Oktober.** In der heute zusammengetretenen Landesversammlung mußten die Sozialdemokraten trotz ihrer absoluten Mehrheit der Ausschußberatung über eine von ihnen bekämpfte Vorlage, die den Zusammenschluß von sechs thüringischen Staaten, außer Coburg und Meiningen, erstrebt, zustimmen, weil die Volksstimmung deutlich für einen Anschluß Thüringens an Preußen und gegen die Schaffung eines thüringischen Kleinstaates ist.

Der Metallarbeiterstreik

\+ **Berlin, 6. Oktober.** (Priv.-Tel.) Im Laufe des heutigen Tages wird es sich entscheiden, ob der Metallarbeiterstreik in allernächster Zeit beigelegt oder ob es zum Generalstreik in der Metallindustrie kommen wird. Heute nachmittag treten die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes zur Besprechung der Streiklage zusammen und am Abend wird dann die Gewerkschaftskommission darüber beraten, welche Mittel und Wege einzuschlagen sind, um die Ausstandsbewegung zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß zu bringen. In den Kreisen der auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehenden Gewerkschaftler wird es als die beste Lösung betrachtet, wenn die Metallarbeiter den Streik kurzerhand abbrechen unter der Bedingung, daß die Arbeitgeber sich bereit erklären, Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifs für alle Branchen der Metallindustrie neu zu beginnen. Ein Generalstreik wird sich nach der Stimmung, die in der großen Masse der Berliner Arbeiterschaft herrscht, nicht durchführen lassen. Man verkennt in diesen Kreisen nicht, daß es sich bei der Metallarbeiterbewegung letzten Endes doch um eine Kraftprobe der dort zahlreich vertretenen unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten handelt.

Ausstände in Königsberg, Memel und Danzig

* **Königsberg, 8. Oktober.** Gestern vormittag sind in Königsberg ganz unerwartet die Arbeiter im Binnenschiffahrtsgewerbe, die Transportarbeiter und die Arbeiter der Elektrizitätswerke in den Ausstand getreten. Es liegt die Vermutung nahe, daß politische Beweggründe im Spiele sind, da es sich um ganz geringe Lohndifferenzen handelt. Im Binnenschiffahrtsgewerbe ist die größere Mehrheit arbeitswillig, aber durch den Terrorismus gezwungen. Man rechnet mit einer Ausdehnung des Streiks. — Auch in Danzig und Memel ist das Dampferpersonal in den Ausstand getreten.

Reichswehrtruppen als Notstandsarbeiter

G **Berlin, 8. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Das preußische Staatsministerium hat den Reichswehrminister ersucht, im Falle eines Generalstreiks in Groß-Berlin den Weiterbetrieb der lebenswichtigen Betriebe, wozu Gas- und Wasserwerke gehören, durch Reichswehrtruppen zu übernehmen.

Neuer Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium

Der Reichsverkehrsminister hat, wie aus Berlin gemeldet wird, den württembergischen Staatsrat und Präsidenten der württembergischen Generaldirektion der Eisenbahnen Stieler mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsverkehrsministerium betraut und ihn gleichzeitig bis zur gesetzlichen Aufhebung des Reichseisenbahnamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes und mit seiner Vertretung als Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen betraut.

Ein deutscher Condottiere

Nach einer telegraphischen Meldung aus Mitau vom 6. Oktober ist dort von Major Bischoff an die Soldaten der Eisernen Division ein Aufruf ergangen, in dem es heißt:

„Wir wollen das von uns und nur von uns eroberte Land unter russische Flagge stellen. Wir wollen den Russen helfen, ihre Heimat von der Geißel der Menschheit zu befreien. Ihr wißt, daß ich deutsch bin und deutsch bleibe bis zum letzten Blutstropfen. So werdet ihr mir glauben, daß ihr mir auch auf diesem Wege unbedenklich folgen könnt, daß ich auch hier für Deutschland arbeiten will, indem ich unsern Freunden helfe. An der Seite des Korps Graf Keller wollen wir unser Recht verteidigen und, wenn es sein muß, noch einmal erkämpfen. Wird die Entente uns auch noch da hindern, so zeigt sie so nur zu deutlich ihr wahres Gesicht. Ihre Drohung gegen uns ist nur ein Vorwand (!), um das deutsche Volk zu treffen. Darum bleibt fest, Soldaten der Eisernen Division! Und wenn der Engländer Leiten und Eisen auf uns hetzt, dann wollen wir zeigen, daß wir unsern Namen mit Recht tragen."

Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt: Auch aus dieser Kundgebung spricht die völlige Verkennung der Lage und des Kräfteverhältnisses wie aus dem Aufruf der baltischen Führer. Besonders kraß tritt in den Ausführungen hervor, wie stark sich im Baltikum das Landsknechtswesen auf eigene Faust herausgebildet hat, welches das direkteste Gegenteil soldatischer Disziplin ist. Daß der Major Bischoff die Ententenote leichthin als leere Drohung bezeichnet, ohne aus dem letzten Jahre gelernt zu haben, wie lebensgefährlich für das deutsche Volk solche Drohungen sind, zeigt die erschreckende Urteilslosigkeit dieser kleinen Söldnerführer, die in die Politik eines großen Volkes hineinpfuschen. Daß eine rechtsstehende Zeitung eine dieser Kundgebungen der Auflehnung mit der Ueberschrift versieht „Die Baltenkämpfer halten stand", muß als Bestärkung der irregeleiteten Truppen aufs schärfste verurteilt werden.

Der Rückzug aus dem Baltikum

G **Berlin, 8. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Nach bei der Reichsregierung eingegangenen Meldungen von der Ostgrenze hat der letzte Aufruf der Reichsregierung Wirkung bei den Osttruppen gehabt. Eine Anzahl Formationen, die bisher aufständisch waren, haben sich den Truppen angeschlossen, die auf dem Rückzug aus dem Baltikum nach der deutschen Grenze sind.

Verschwörungen gegen die Sowjetrepublik

* **Kopenhagen, 8. Oktober.** Das offizielle Organ der russischen Bolschewisten „Iswestija" vom 26. September berichtet folgendes über die Moskauer Verschwörung gegen die Sowjetregierung: Während Denikins Horden im Begriff sind, in das Herz Sowjetrußlands einzudringen, haben Spione der Entente einen Aufruhr in Moskau vorbereitet. Das nationale Zentrum hatte die Absicht, gelegentlich einer Meuterei der Garnison Krasnaja Gorka die Macht an sich zu reißen. Mitglieder des Bundes in Moskau und Petersburg wurden verhaftet, unter ihnen Generale, Offiziere, Lehrer und Bolschewiken des rechten Flügels. Die Organisation war im Besitz von Waffen. Von der außerordentlichen Kommission wurden 67 Personen hingerichtet, darunter mehrere bekannte Gelehrte. — Ueber die Einzelheiten des Bombenattentats gegen die bolschewistische Zentralregierung wird des ferneren aus Moskau mitgeteilt: Am 25. September abends warf ein unbekannter Konterrevolutionär zwei Bomben in das Versammlungshaus der Kommunisten, wo gerade in Anwesenheit der angesehensten Kommunistenführer eine Sitzung stattfand. Die Explosion verursachte große Zerstörungen. Getötet wurden: Kra…, ein Mitglied des Moskauer Sowjets; Zagorski, der Sekretär des Moskauer Komitees, und vier andere. Verwundet ist Bucharin, der Verfasser der bekannten bolschewistischen Programmschrift und Befürworter des Terrors. Der Kommissar Menschoff schreibt anläßlich des Attentats: „Die Revolution ist wieder in Gefahr. Aber wir müssen alle Kräfte einsetzen."

Moskau durch Denikin bedroht

\+ **Wien, 8. Oktober.** (Priv.-Tel.) Nach einer drahtlosen Meldung aus Moskau hat bei der Abreise eines Freiwilligenarbeiterbataillons an die Front Kamenew eine Rede gehalten, in der er sagte: Noch nie war die Lage des russischen Proletariats so schlecht wie jetzt, niemals noch die Front in solcher Nähe von Moskau wie gegenwärtig, da Denikin mit seinen Truppen zwischen Kursk und Ortop steht. Es handelt sich um die Frage, wer Beherrscher der Stadt Moskau sein werde, ob die Sowjetregierung oder die zaristischen Generale. Diese Frage wird auf den Schlachtfeldern gelöst werden. Wenn wir euch zum Kampf gegen Denikin schicken, möge jeder von euch wissen, daß es sich darum handeln wird, ob das Proletariat weiter bestehen bleibe oder wieder die Knute herrschen wird.

* **Kopenhagen, 8. Oktober.** Finnische Meldungen berichten von einem günstigen Fortschritt der Offensive des russischen Nordwestheeres. Die Truppen des Generals Judenitsch sind in der Richtung auf Luga über den Saba-Fluß gegangen und haben in der Richtung Strugi den Plussa-Fluß überschritten. 20 Landgüter im Raum von Pskow wurden eingenommen. Die Anzahl der Gefangenen und des eroberten Kriegsmaterials wächst. Unter den roten Truppen macht sich steigende Demoralisation bemerkbar.

Dr. Levien in Wien verhaftet

Nach dem Wiener „Neuen Achtuhrblatt" wurde gestern in Wien der seit langer Zeit von der Reichsregierung steckbrieflich verfolgte Spartakidenführer Dr. Levien von der Polizei festgenommen. Der Berliner Polizei war nämlich seit einiger Zeit bekanntgeworden, daß sich Levien in Wien aufhalte. Er war nach dem Sturze gleichzeitig mit Toller weitergeflüchtet und konnte trotz der auf seine Ergreifung ausgesetzten Belohnung von 30000 Mark nicht festgenommen werden. Nun ist es der Berliner Polizei gelungen, ihn gestern im 9. Bezirk auf der Straße zu verhaften. Dr. Levien war in Wien, wo er sich schon seit einiger Zeit aufhielt, nicht gemeldet und auf Grund des ausgegebenen Signalements erkannt. Er leugnete anfangs, der Gesuchte zu sein, gab aber, als er auf die Polizei gebracht worden war, im Laufe der mit ihm angestellten Verhöre zu, mit dem Verfolgten identisch zu sein. Die Erhebungen über seinen Wiener Aufenthalt sind bereits im Gange. Dr. Levien wird nach Abschluß der polizeilichen Untersuchungen dem Landgericht eingeliefert werden.

Selbständigkeitsbestrebungen der Slowaken

T. **Wien, 8. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Reichspost" aus Mailand meldet, hat eine Abordnung der Slowakei mit den Vertretern der italienischen Regierung eine Besprechung gehabt. In der ganzen katholischen Presse Italiens sind im Anschluß daran Klagen der slowakischen Katholiken veröffentlicht. So wird über die unglaubliche Herrschsucht, mit welcher die Tschechen in der Slowakei gegen die eingeborene Bevölkerung vorgehen, geklagt. Alle Aemter seien den Slowaken weggenommen und mit Tschechen besetzt worden. Die Slowaken seien nur Arbeitssklaven der Tschechen. Die Vertreter der Slowaken in der Nationalversammlung sind von den Tschechen nicht anerkannt worden. Eine Wahl soll in der Slowakei vor drei bis fünf Jahren nicht vorgenommen werden. Die Slowaken fordern die Autonomie der Slowakei, eventuell ihre Angliederung als autonomen Staat an Ungarn. Die Abordnung ist nach Paris weiter gereist, um ein Memorandum der Friedenskonferenz zu überreichen.

Ein tschechischer Donau-Elbe-Kanal

T. **Prag, 8. Oktober.** (Eigener Drahtbericht.) Dieser Tage wurde in Preßburg eine Agentur der tschecho-slowakischen Dampfschiffahrtsgesellschaft errichtet. Damit wollen die Tschechen den Elbe-Donau-Verkehr mit Umgehung Wiens über Preßburg leiten. Die Vorarbeiten für den Bau dieses Donau-Elbe-Kanals sind bereits begonnen. Dieser Kanal wird eine Länge von 555 Kilometer haben und in Preßburg enden, wo ein Hafen angelegt werden wird. Die tschecho-slowakische Donau-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft wird eine Agentur in Rumänien und Serbien sowie in Hamburg und Rußland unterhalten.

Der endgültige Friedensschluß

G **Genf, 8. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) „Havas" meldet: Nach einem Beschluß des Rates der Alliierten tritt die Rechtsgültigkeit des Friedens mit Deutschland am 25. Oktober ein. Die erforderlichen Ratifizierungen werden bis dahin vollzogen werden.

Nach einer Meldung aus Tokio, die der „Eclair" veröffentlicht, wird der Mikado den Friedensvertrag am 17. Oktober ratifizieren.

Agenzia Stefani meldet: „Corriere della Sera" berichtet aus Rom, daß der König die Dekrete, die sowohl den Friedensvertrag von Versailles wie den von St.-Germain ratifizieren, unterzeichnet hat. Jedes der beiden Dekrete besteht aus zwei Artikeln. In dem ersten Artikel wird die königliche Regierung ermächtigt, die Verträge ganz in Anwendung zu bringen. Der zweite Artikel verfügt Ueberweisung der Dekrete an das Parlament, damit sie zum Gesetz erhoben werden.

Neue Drohungen in Aussicht

* **Bern, 8. Oktober.** Der Oberste Rat hat sich Dienstag morgen im Quai d'Orsay versammelt und von der Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Entente wegen Räumung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen Kenntnis genommen. Der Oberste Rat hat die dort abgegebenen Versicherungen als ungenügend angesehen und betrachtet sie als mit den ihm gewordenen Nachrichten im Widerspruch stehend. Marschall Foch, der der Sitzung beiwohnte, wurde beauftragt, für Mittwoch eine Antwort auf die deutsche Mitteilung auszuarbeiten. Die Vollmachten für den Fall der Nichtausführung der Entschließungen der Entente sind ausgestellt. Die angedrohten Maßnahmen werden dann ausgeführt werden. Es handelt sich dabei insbesondere, wie bekannt, um Einstellung der Lebensmittelversorgung Deutschlands. Im weiteren wird morgen über die Entsendung einer Kommission in die baltischen Provinzen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen worden war, beraten.

Die Auslieferungsliste

* **Haag, 8. Oktober.** England, Frankreich und Belgien haben der Friedenskonferenz die Liste der deutschen Militärpersonen eingereicht, die nach ihrer Auffassung auszuliefern sind. Die Vereinigten Staaten haben bisher keine Liste eingereicht und werden auch, wie man annimmt, keine einzige Person fordern. Dies wäre jedoch nicht so zu deuten, daß sie grundsätzlich die Prozesse gegen die Deutschen verwerfen. Amerika wird wahrscheinlich bei den Prozessen vertreten sein. Die Liste wurde in den letzten Tagen in aller Eile zusammengestellt, da man allgemein annimmt, daß die künftige Ratifizierung des Friedens und damit der Zeitpunkt für die Uebermittlung der Liste bald eintritt.

Ein deutscher Protest

× **Berlin, 7. Oktober.** Der Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf hat dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note übergeben, in der es u. a. heißt:

„In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß deutsche Staatsangehörige auf dem rechten Rheinufer von belgischen Heeresangehörigen verhaftet und in das besetzte Gebiet verschleppt worden sind. Dort sind sie von belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden. (Es folgen drei Einzelfälle.) Ich muß gegen die Verletzung der deutschen Hoheitsrechte auf dem rechten Rheinufer schärfsten Protest einlegen. Wenn diese Leute Verfehlungen begangen haben, so ist hierfür die deutsche Gerichtsbarkeit zuständig, da sie im unbesetzten Gebiet wohnhaft sind. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, sich dafür einzusetzen, daß Maßnahmen getroffen werden, die die Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausschließen."

Die Krankheit Wilsons

* **Rotterdam, 8. Oktober.** Aus Washington wird gemeldet, daß der Zustand Wilsons nicht hoffnungslos sei, daß aber die Krise noch bevorstehe. Wilsons Befinden macht seiner Umgebung die größte Sorge. Sein Geist und seine Nerven seien völlig erschöpft. In allen Fragen der auswärtigen Politik soll fortan Lansing entscheiden. Wilsons Freunde erklären, daß von einer dritten Kandidatur Wilsons für die Präsidentschaft keine Rede sein könne. Reuter meldet aus Washington am 8. Oktober: Ein heute morgen ausgegebener Krankheitsbericht besagt: Die Besserung im Befinden Wilsons hält an. Er hat eine befriedigende Nacht verbracht.

Eine amerikanische Note an Italien

* **Lugano, 8. Oktober.** Hatte in Italien schon die englische Note über Fiume Bestürzung hervorgerufen, so wurde die Aufregung durch eine soeben überreichte amerikanische Note noch verschärft. Die amerikanische Regierung bedeutet der italienischen Regierung, daß die Zustimmung zur Okkupation Fiumes durch d'Annunzio auch die Ansprüche Griechenlands, Rumäniens, ja sogar Deutschlands ermutigen würden. Die Note bedroht Italien mit der Entziehung jeder weiteren Hilfe.

d'Annunzio sich selbst überlassen

\+ **Genf, 8. Oktober.** (Priv.-Tel.) Nach Pariser Blättermeldungen berichtet „Giornale d'Italia" aus Fiume, daß die Franzosen und die Serben endgültig Fiume verlassen haben. Im Hafen von Fiume liegt kein alliiertes Schiff mehr.

Unruhen in Spanien

× **Madrid, 7. Oktober.** Infolge der Verhaftungen von 69 gewerkschaftlich Organisierten versuchten Gewerkschaftler das Gefängnis von Limoeiro zu stürmen. Truppen zerstreuten die Manifestanten. In der Nähe von Aveiro haben die Revolutionäre einen Zug zum Entgleisen gebracht. Durch die Umsicht des Lokomotivführers wurde großes Unglück verhütet. Gestern kam es zu weiteren gewerkschaftlichen Kundgebungen, wobei die Polizei zahlreiche Verhaftungen vornahm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191009/1